

Forderungs- & Thesenpapier - Parteirat Bündnis90/Die Grünen Schleswig-Holstein 07.03.2026

Der Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein beurteilt die Pläne von Katherina Reiche und der Bundesregierung zur Energie- sowie Wärmeinfrastruktur als desaströs für den Wirtschaftsstandort Deutschland, für den sozialen Zusammenhalt im Land und als Sargnagel für die Energiewende und die Klimaziele.

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff der USA und Israels auf den Iran steigen die Öl- und Gaspreise massiv an. Bereits der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat gezeigt, welche erheblichen geopolitischen Unsicherheitsfaktoren mit der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern einhergehen. Deutschland braucht gerade jetzt einen energie- und klimapolitisch klaren Kompass.

Die von der Koalition aus CDU und SPD vorgelegten Vorschläge zur Überführung des Gebäudeenergiegesetzes in ein Gebäudemodernisierungsgesetz wirken da umso mehr wie der verzweifelte Kampf gegen die Vernunft. Mit dem unkonditionierten Festhalten an fossilen Strukturen gefährdet die Koalition im Bund nicht nur die Klimaziele, sondern auch die soziale Stabilität im Land. Öl- und Gaspreise werden in Zukunft weiter steigen. Dies ist bereits heute beschlossene Sache. Die Kosten tragen diejenigen, die sich klimaneutrale Lösungen heute nicht leisten können oder als Mieter*innen keine Entscheidungsgewalt haben. Mit diesem Geschenk an die Gaslobby bringt die Koalition im Bund Deutschland in neue Abhängigkeiten und steigert die Preise für Verbraucher*innen. Und das alles auf Kosten der Zukunft unserer Kinder und unseres Planeten.

Die öffentlich gewordenen Eckpunkte für eine Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes und das sogenannte Netzpaket lassen keinen Zweifel zu: Katherina Reiche will die Energiewende mit der Brechstange beenden. Nicht anders lassen sich die Einführung eines Redispatch-Vorbehalts und das sofortige Auslaufen der Solarförderung erklären. Besonders drastisch treffen die Vorschläge des Bundes den Energiewende-Mittelstand: Die kleinen und mittleren Unternehmen, die Arbeitsplätze, Bürgerenergie, Sichtbarkeit und Akzeptanz vor Ort schaffen.

Aktuell schultern die Norddeutschen Bundesländer den Großteil der Energiewende, insbesondere beim Netzausbau und bei der Errichtung von Windkraftanlagen. Diesen Ländern nun zusätzliche Hürden aufzuerlegen und diese tragende Säule ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu sabotieren,

zeugt nicht nur von fehlender strategischer Klarheit der Bundesregierung in Fragen der Energiewende, sondern gefährdet die wirtschaftliche Perspektive Deutschlands insgesamt.

Statt der dringend benötigten Planungssicherheit entsteht derzeit wachsende Unsicherheit für Investierende, Privathaushalte, Handwerk und Industrie. Für Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein sind die vorgelegten Vorschläge vorläufiger Höhepunkt der energiepolitischen Fehlentwicklung seit Amtsantritt der neuen Bundesregierung 2025. Anstelle von unsinnigen Bremsklötzen machen wir Bündnisgrüne eigene Vorschläge für eine planbare, schnelle, naturverträgliche und realistische Energie- und Wärmewende.

Netzausbau und Investitionssicherheit

Für eine erfolgreiche Energiewende braucht es einen massiven Aus- und Aufbau der Netze – national wie europäisch. Der Netzentwicklungsplan muss weiterhin den klimapolitischen Zielen gerecht werden und den Aufbau von ausreichend Erzeugungs- und Netzkapazitäten für eine erfolgreiche Energiewende in allen Sektoren beinhalten. Leistungsfähige Netze sichern die Wettbewerbsfähigkeit, den Industriestandort sowie unsere soziale und sicherheitspolitische Resilienz über 2030 hinaus. Die Bundesregierung versäumt es, hier voranzugehen.

Für eine kurzfristige Beschleunigung der Energiewende braucht es neue Regeln für die Vergabe von Netzanschlüssen: Flexible Netzanschlussverträge und die Möglichkeit der Überbauung, damit bei gleicher Infrastruktur mehr Ein- und Ausspeisende angeschlossen werden können, eine Kontingentierung von Anschlussmöglichkeiten am Netzverknüpfungspunkt, um Vorsorge für die Ansiedlung von Gewerbe- und Industrie zu treffen und eine Priorisierung von Netzanschlussbegehren, die die Projektreife und Systemdienlichkeit im Fokus hat, damit sinnvolle Projekte in die Realisierung kommen, sind die Maßnahmen, die es jetzt braucht.

Strompreiszonen

Seit Jahren fordern unsere europäischen Partner*innen eine Reform der deutschen Stromgebotszone. In einem funktionierenden Markt sollten sich Angebot und Nachfrage im Preis widerspiegeln. Regionen mit gut ausgebauten erneuerbaren Energien – wie Schleswig-Holstein – können besonders günstige Strompreise bieten, dennoch zahlen Verbraucher*innen bundesweit einheitliche Preise. Das verhindert Investitionen in die Wirtschaft vor Ort und ist das Gegenteil von Marktwirtschaft. CDU und SPD jedoch blockieren dieses zentrale Reformelement weiterhin. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese Blockade aufgelöst wird – damit nicht nur in

Schleswig-Holstein, sondern deutschlandweit die durchschnittlichen Preise sinken und kurzfristig Signale für Investitionen in Rechenzentren, Elektrolyseure und Industrie in Schleswig-Holstein gesendet werden.

Stromsteuer senken

Die angekündigte Senkung der Stromsteuer für alle Verbrauchenden auf das europarechtlich vorgegebene Mindestmaß muss endlich umgesetzt werden. Dauerhaft günstigere Strompreise sind dabei das Ziel und erzeugt Synergien in Haushalten und Betrieben – seien es bei der Elektromobilität oder elektrifizierter Wärme.

Intelligente Energiewende

Ein zukunftsfähiges Energiesystem verbindet Strom, Wärme, Verkehr, Netze und Speicher miteinander. Dafür braucht es mehr Intelligenz im System: einen beschleunigten Smart-Meter-Rollout, die Möglichkeit für bidirektionales Laden und Einspeisen von Strom aus E-Autos, und Netzentgelte, die Industrieunternehmen belohnen, die sich flexibel den Bedürfnissen des Strommarkts anpassen. Für eine intelligente Energiewende spielt das schnelle Internet eine große Rolle. Deshalb sollte die Mitnutzung der Glasfaser durch die Stromnetzbetreiber ermöglicht werden, ohne dass die zusätzlichen Nutzungsgebühren für die Glasfaser zu einer Preissteigerung bei den Bürgerinnen und Bürgern führen.

Gebäudeenergiegesetz

Während übergreifend Expert*innen nach wie vor die Elektrifizierung der Wärmeversorgung befürworten und dringlich vor fossilen Energien warnen, versucht die Bundesregierung den Klimaschutz in Gebäuden auszuhöhlen. Die Verpflichtung, dass neue und ausgetauschte Heizungen mindestens zu 2/3 mit erneuerbaren Energien beheizt werden müssen, war und ist zwingend notwendig, um die Klimaziele einzuhalten und große volkswirtschaftliche Fehlinvestitionen zu verhindern. Sie ist auch notwendig, um Verbraucher*innen vor einer fatalen Kostenfalle aus steigenden Gasnetzentgelten, CO₂-Preisen und Grüngasquote zu schützen. Wir setzen hingegen auf Planbarkeit und Verlässlichkeit. Bereits heute sind Wärmepumpen die günstigste Form zu heizen, auf Erdgas basierende Heizungen sind am teuersten. Dennoch sind beim Heizungstausch höhere Investitionen zu stemmen und die Lasten sind ungleich verteilt. Deshalb sind und bleiben sowohl eine auskömmliche finanzielle Förderung von Wärmepumpen, als auch eine wirksame Preisregulierung von Wärmenetzen ebenso wie eine gerechte Verteilung der Kosten zentrale Säulen einer sozial gerechten Wärmewende – statt der sozialen Verantwortungslosigkeit der Bundesregierung.

Schutz von Mieter*innen

Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt zur Miete und kann nicht selbst über Heizsysteme oder energetische Sanierungen entscheiden. Gleichzeitig tragen Mieter*innen häufig steigende Energiepreise und Modernisierungskosten. Eine erfolgreiche Wärmewende muss deshalb mit einem wirksamen Schutz von Mieter*innen verbunden werden. Energetische Sanierungen und der Umstieg auf erneuerbare Heizungen dürfen nicht zu steigenden Wohnkosten führen; Ziel muss eine möglichst weitgehende Warmmietenneutralität sein. Dafür braucht es eine Reform der Modernisierungsumlage mit klaren Kappungsgrenzen sowie eine faire Verteilung der CO₂-Kosten zwischen Vermieter*innen und Mieter*innen, die energetische Sanierungsanreize setzt. Auch beim Ausbau klimafreundlicher Wärmenetze müssen transparente und bezahlbare Preise für Haushalte gewährleistet werden. Klimaschutz im Gebäudesektor kann nur gelingen, wenn er sozial gerecht ausgestaltet ist.

Echte Flexibilitätsoffensive statt überdimensionierte Gaskraftwerke

Die Bundesregierung hat trotz erheblicher fachlicher Bedenken vollmundig angekündigt, bis zu 20 GW neue Gaskraftwerksleistung zuzubauen. Die Eckpunkte, die Ministerin Reiche mit Brüssel verständigt hat, entsprechen weitgehend dem Paket, das bereits unter Robert Habeck geschnürt wurde. Dennoch möchte Reiche weitere, zusätzliche Gaskraftwerke bauen. Gleichzeitig kündigt sie an, auch die heimische Gasförderung auszubauen – ein weiterer Schritt, der fossile Abhängigkeit zementiert. Dabei gibt es längst eine Vielzahl klügerer Lösungen, die es zu heben gilt: Eine ambitionierte Überbauung und Flexibilisierung von Biogasanlagen, ein deutlicher Zubau von Stromspeichern, eine Honorierung von Flexibilität bei Industrie und Gewerbe sowie flexible Verbrauchende befördern die Energiewende, verringern die Kosten und reduzieren die fossile Abhängigkeit Deutschlands.

Keine Einschränkungen bei privaten PV-Anlagen

Die private Photovoltaik ist ein zentraler Baustein der deutschen Energiewende und sollte auf Bundesebene weiterhin gefördert werden. Ohne diese Anreize würden sich Investitionen in kleine Dachanlagen für Privatpersonen schlicht nicht rentieren. Gerade einkommensschwächere Haushalte, sind besonders von steigenden Energiekosten betroffen und werden zeitgleich ohne staatliche Unterstützung faktisch vom Solarstrom ausgeschlossen. Der Abbau dieser Förderung ist schlecht für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Handwerksbetriebe, für die diese Projekte wirtschaftliche Perspektiven bieten.

Unser Fazit

Die aktuelle Koalition aus CDU und SPD versagt seit Amtsantritt in der Energiepolitik und dokumentiert ihre Unfähigkeit tagtäglich. Statt auf Unabhängigkeit durch nachhaltige Energieerzeugung zu setzen, versucht sie, die erfolgreich fortschreitende Energiewende zurückzudrehen. Statt einer erneuerbaren Zukunft bemüht sich die Koalition in Berlin um neue Gasförderung in der Nordsee, ineffiziente Gas- & Ölheizungen im Keller und teure neue Gaskraftwerke im Stromnetz. Anstatt Lobbygeschenke zu verteilen sollte die Bundesregierung im Sinne der Menschen auf erneuerbare Energien setzen. Für uns Grüne in Schleswig-Holstein ist die Energiewende mehr als nur ein Herzensanliegen; Sie ist die Gelingensbedingung für eine funktionierende Gesellschaft, für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen und unseren Wohlstand, heute und erst recht in Zukunft. Die Politik, die die Bundesregierung vorlegt, ist hingegen nicht tragbar, schadet den in Schleswig-Holstein und Deutschland und muss mit unserer vollen Opposition rechnen.

Einfache Sprache & Zusammenfassung

Die Politik der Regierung unter Ministerin Katherina Reiche ist ein großer Fehler. Sie schadet der Wirtschaft, dem Klima und dem sozialen Zusammenhalt.

Krisen zeigen: Deutschland darf nicht länger von Öl und Gas abhängig sein. Fossile Energie macht uns unsicher und treibt die Preise nach oben.

Aber die Bundesregierung will mehr Gas nutzen und wichtige Regeln für klimafreundliche Heizungen abschwächen. Das gefährdet die Klimaziele und macht Energie auf Dauer teurer.

Besonders betroffen sind Menschen mit wenig Geld, viele Mieter*innen und kleine Unternehmen.

Schleswig-Holstein und andere norddeutsche Länder leisten bereits viel für die Energiewende. Statt diesen Weg zu unterstützen, schafft die Bundesregierung neue Unsicherheit.

Wir Grüne in Schleswig-Holstein wollen eine schnelle und gute Energiewende:

Stromnetze schneller ausbauen

Erneuerbare Energien müssen überall genutzt werden können.

Strom günstiger machen

Die Stromsteuer muss sinken. Regionen mit viel Wind- und Solarenergie sollten auch günstigeren Strom haben.

Mehr Technik für ein kluges Energiesystem

Strom, Wärme, Verkehr und Speicher müssen besser zusammenarbeiten.

Klimafreundliche Heizungen stärken

Neue Heizungen sollen überwiegend mit erneuerbarer Energie laufen. Wärmepumpen brauchen weiter Unterstützung.

Mieter*innen schützen

Die Wärmewende darf nicht zu höheren Mieten führen.

Keine neuen fossilen Abhängigkeiten

Neue Gaskraftwerke und mehr Gasförderung führen in die falsche Richtung.

Solarenergie fördern

Private Solaranlagen müssen sich weiterhin lohnen.

Fazit

Die Bundesregierung bremst die Energiewende und setzt weiter auf Öl und Gas. Wir Grüne in Schleswig-Holstein stehen für eine andere Politik: Für erneuerbare Energie, sichere Arbeitsplätze, günstigen Strom und echten Klimaschutz. Die Energiewende ist wichtig für unsere Zukunft, unseren Wohlstand und den Schutz unserer Lebensgrundlagen.